

Antrag

der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Swen Schulz (Spandau), Willi Brase, Ulla Burchardt, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Klaus Hagemann, Christel Humme, Oliver Kaczmarek, Daniela Kolbe (Leipzig), Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Florian Pronold, René Röspel, Marianne Schieder (Schwandorf), Andrea Wicklein, Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Für einen breiten Qualitätspakt in der Reform der Lehrerbildung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Jedes erfolgreiche Bildungssystem gründet auf guten Schulen mit nachhaltiger Bildungsqualität, mit sozialer Durchlässigkeit und mit Inklusion und Partizipation. Gute Schule hängt wiederum stark vom fachlichen, didaktischen und pädagogischen Wissen und Können sowie von der Motivation und Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer ab.

Der Lehrerbildung kommt deshalb eine Schlüsselfunktion im gesamten Bildungs- und Ausbildungssystem zu. Dies ist vielfach durch wissenschaftliche Studien belegt, wie zum Beispiel die Ergebnisse aus dem Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft e. V. „Bildungsqualität von Schule“ zeigen. Parallel zu den Erhebungen der PISA-Studie (Internationale Schulleistungsstudie der OECD) wurden in Deutschland seit dem Jahr 2000 umfassend Bildungsfaktoren an Schulen und im Unterricht identifiziert, welche die Qualität von Bildungsprozessen und -ergebnissen prägen.

Auf der anderen Seite zeigt die kürzlich (April 2012) veröffentlichte Studie des INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH – Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung mbH „Lehre(r) in Zeiten der Bildungspanik“ auf, dass sich viele Lehrer und Lehrerinnen durch ihr Studium unzureichend auf ihre Arbeit vorbereitet fühlen und vor immer neue und wachsende Herausforderungen gestellt werden, vor allem im Umgang mit ihren Schülerinnen bzw. Schülern und den Eltern.

Gleichzeitig wandelt sich das Anforderungsprofil an die Lehrkräfte kontinuierlich. Zu den erhöhten Erwartungen an die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems und speziell der Schulbildung nach dem „PISA-Schock“ (Bildungsstandards etc.) wie auch nach dem technologischen Wandel und der Digitalisierung, die in der Schule mit Blick auf die Schüler und ihre Lernumwelt berücksichtigt werden muss und die gleichzeitig neue Unterrichtsmethoden ermöglicht, kommen gesellschaftliche Veränderungen mit wachsender Migration und sozialer Differenzierung.

Die nötigen Reformen der Lehrerbildung müssen sich deshalb das Ziel setzen, sowohl die Strukturen der Studiengänge als auch die Studieninhalte flächendeckend weiterzuentwickeln. Im Vordergrund steht hier eine Verbesserung der Lehre auf Basis aktueller Erkenntnisse aus den Bildungswissenschaften, den Fachdidaktiken sowie aus den Fachwissenschaften. Das Studium sollte die Studierenden dazu befähigen, die Unterrichtsmethoden und das eigene Handeln im Schulumfeld zu reflektieren und zu verbessern. Die Berufsfeldbezogenheit des Studiums soll erweitert werden durch frühzeitige Praxiserfahrungen und auch eine bessere Verschränkung der verschiedenen Phasen der Lehrerbildung. Dabei muss auch die Betreuung der Studierenden durch kontinuierliche Unterstützung und Beratung in allen Phasen der Ausbildung verbessert werden. Bereits im Studium muss die Bedeutung kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung vermittelt werden. Diese Anforderungen müssen auch einer Qualitätsoffensive für eine bessere Lehrerbildung zugrunde liegen.

Die Lehrerbildung gehört in die Zuständigkeit der Bundesländer. Sie wird an ca. 120 Hochschulen in Deutschland angeboten. An einigen von ihnen sind in den letzten Jahren „Zentren der Lehrerbildung“ entstanden. Die Verbesserung der Lehrerbildung ist eines der sieben Handlungsfelder, die nach dem „PISA-Schock“ des Jahres 2001 in Deutschland in der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) und zwischen Bund und Ländern vereinbart worden sind.

So hat die KMK 2004 zur wechselseitigen Anerkennung von Bachelor- und Masterstudiengängen im Lehramt gemeinsame Standards zur Weiterentwicklung der Lehrerausbildung entwickelt. In der Definition dieser Standards heißt es, dass Lehrerinnen und Lehrer Fachleute für Lehren und Lernen sind, eine Erziehungsaufgabe in der Schule wahrnehmen, sich an der Schulentwicklung beteiligen und ihre Kompetenzen ständig weiterentwickeln müssen. Zur besseren Vergleichbarkeit gibt es seit längerem die von der KMK festgelegten Strukturen von sechs Lehramtstypen, die die Mobilität zwischen den Ländern erleichtern sollen. Ebenso wurden von der KMK seit 2008 ländergemeinsame inhaltliche Anforderungen für die Fachwissenschaften und die Fachdidaktiken in der Lehrerbildung festgelegt sowie richtungsweisende Beschlüsse zur inklusiven Bildung als Grundlage einer Reform der Lehrerausbildung gefasst.

Trotzdem gibt es nach wie vor in der Gestaltung der Lehrerbildung große Unterschiede in den einzelnen Ländern. Während einige Länder auf Bachelor und Master umgestellt haben, beharren andere auf dem traditionellen Staatsexamen. Wo Bachelor und Master eingeführt werden, geschieht dies nach unterschiedlichen Modellen. Hinzu kommt, dass die Zahl der Schularten nach der Grundschule in den einzelnen Ländern eher zu- als abnimmt. Sie variiert in den 16 Ländern von zwei bis zu fünf verschiedenen Schularten. Dieser föderale Flickenteppich führt immer noch zu Mobilitätshemmnissen sowohl unter den Lehramtsstudierenden als auch unter den Lehrkräften. Problematisch ist außerdem, dass Studierende, die den Bachelorabschluss im Lehramt gemacht haben und keine Zulassung zum Masterstudium bekommen, Probleme im Hinblick auf ihre weitere Berufsperspektive haben.

Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass in den nächsten Jahren ein Lehrermangel für nahezu alle Fächer und Schulstufen zu erwarten ist, da viele Lehrerinnen und Lehrer altersbedingt aus dem Schuldienst ausscheiden. 12 Prozent der Lehrkräfte sind heute älter als 60 Jahre alt, 36 Prozent zwischen 50 und 60, 25 Prozent zwischen 40 und 50, nur 21 Prozent zwischen 30 und 40 Jahren und 6 Prozent unter 30 Jahre alt. Auch aus diesem Grund muss das Lehramtsstudium in Zukunft attraktiver gestaltet werden und mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfahren.

Ende des Jahres 2011 hat die Bundesregierung eine „Exzellenzinitiative für die Lehrerbildung“ angekündigt, mit der Bund und Länder fünf Jahre lang und mit der Option einer Verlängerung auf weitere fünf Jahre zwischen zehn und 16 Zukunftskonzepte als „Leuchttürme“ der Lehrerausbildung fördern sollten. Ziele der „Exzellenzinitiative“ sollten sein die bessere Vergleichbarkeit der Lehrerausbildung in den Ländern, die Profilierung und Optimierung der Strukturen der Lehrerausbildung an den Hochschulen, bessere Verzahnung der Ausbildungsphasen in der Lehrerausbildung, Qualitätsverbesserung des Praxisbezugs, Stärkung der Fachdidaktik, bessere und gezielte Beratung der Studierenden und eine bessere Vorbereitung auf heterogene Klassen (z. B. Inklusion von Kindern mit Behinderung).

Am 20. April 2012 beschlossen Bund und Länder in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), statt einer Exzellenzinitiative eine „Qualitätsoffensive in der Lehrerbildung“ aufzulegen. Das mit 500 Mio. Euro (Bund und Länder) geplante Programm soll 2013 starten und zehn Jahre laufen. Durch die Offensive sollen zur Verbesserung der Qualität und zur Modernisierung der Lehrerausbildung innovative Konzepte an Hochschulen als Best-Practice-Modelle mit Vorbildcharakter gefördert werden, die dann in den einzelnen Ländern Breitenwirkung entfalten sollen. Der Studiengang soll einen höheren Stellenwert bekommen und attraktiver werden. Vorschläge zur konkreten Ausgestaltung der Initiative soll eine Bund-Länder-Staatssekretärs-Arbeitsgruppe erarbeiten, über die die GWK dann im November 2012 entscheiden soll.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

1. das Vorhaben der Bundesregierung und der Bundesländer, ein Programm für mehr Qualität in der Lehrerausbildung aufzulegen, um besonders innovative Konzepte in der Lehrerausbildung zu stimulieren und zu unterstützen;
2. die bisherigen Initiativen der KMK, über gemeinsame inhaltliche Anforderungen und Standards eine bessere Anerkennung von Lehramtsabschlüssen zwischen den einzelnen Ländern zu erreichen sowie die Lehrerbildung allgemein qualitativ aufzuwerten und zu modernisieren;
3. die Bemühungen vieler Hochschulen, moderne Ansätze zur Eignungsfeststellung, zu mehr Praxisbezug und zum besseren Umgang mit Heterogenität im Unterricht in die Studiengänge zu implementieren;
4. die Beschlüsse der KMK zur inklusiven Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in Schulen im Grundsatz, weist aber gleichsam auf den von den Verbänden behinderter Menschen zu Recht formulierten Weiterentwicklungsbedarf der KMK-Empfehlungen hin.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gemeinsam mit den Ländern einen Qualitätswettbewerb für eine Verbesserung der Lehrerbildung auf den Weg zu bringen, der in einem wettbewerblichen Verfahren auf der Grundlage wissenschaftsbasierter Kriterien innovative Zukunftskonzepte der Lehrerbildung unterstützt und dazu beitragen soll, die Lehrerbildung an allen Hochschulen zu modernisieren;
2. gemeinsam mit den Ländern diesen Qualitätswettbewerb so zu gestalten, dass sich die Hochschule als Ganzes bzw. Hochschulverbände mit gemeinsamen Zukunftskonzepten für die Lehrerbildung bewerben können und dass sich sowohl Hochschulen mit einer sehr guten innovativen Lehrerausbildung bewerben können, wie auch solche Hochschulen eine Chance auf Förderung haben, die einzeln oder im Verbund über gute Entwicklungspotentiale verfügen und mit der Lehrerbildung künftig eine stärkere Profilierung anstreben;

3. gemeinsam mit den Ländern den Qualitätswettbewerb so auszugestalten, dass Hochschulen in allen 16 Ländern gefördert werden, um den Transfer der Erfahrungen der besonders innovativen Hochschulen unmittelbar in alle Bundesländer zu befördern. Zugleich ist eine länderübergreifende Begleitung der Wettbewerbsphase zu organisieren, die den Austausch der am Wettbewerb beteiligten Hochschulen über die Grenze der Bundesländer hinaus sicherstellt und so zu einer Aufnahme der Reformimpulse an allen Hochschulen mit Lehrerbildung in Deutschland beiträgt;
4. insbesondere mit den Ländern solche Zukunftskonzepte zu fördern, die Ausbildung auf dem neuesten Stand der Forschung in den Fächern, Fachdidaktiken und Bildungswissenschaften praktizieren. Erforderlich sind vorrangig neue Konzepte, die höhere Praxisanteile beinhalten, dem inklusiven Bildungsansatz Rechnung tragen, das Unterrichten mit Heterogenität in multiprofessionellen Teams verbessern und die Lehrkräfte auch auf das Schulangebot von Ganztagschulen vorbereiten;
5. durch den Qualitätswettbewerb als Teil des Qualitätspaktes Lehrerbildung eine größere Vergleichbarkeit der Lehramtsstudiengänge und der -abschlüsse an deutschen Hochschulen zu erreichen und daher nur solche Hochschulen zu fördern, deren Studienpläne auf die KMK-Standards und „ländergemeinsamen inhaltlichen Anforderungen für die Fachwissenschaften und Fachdidaktiken in der Lehrerbildung“ der KMK bezogen sind;
6. darauf hinzuwirken, dass die Bundesländer in ihrer jeweiligen Verantwortung für die Hochschulen den ausgewählten Best-Practice-Modellen durch geeignete eigene Maßnahmen Breitenwirkung ermöglichen und die Zukunftskonzepte über den Förderzeitraum hinaus institutionell absichern;
7. gemeinsam mit den Ländern insbesondere solche Zukunftskonzepte zu fördern, die von ihren pädagogischen Ansätzen her eine schulstufenbezogene und somit schulartenübergreifende Lehrerausbildung verfolgen, auch um mehr Flexibilität im Lehrereinsatz und die Umsetzung des Zieles der Inklusion und Integration zu fördern;
8. dabei in Betracht zu ziehen, dass für die Grundschulen aufgrund des Alters der Schülerinnen und Schüler sowie für die beruflichen Schulen aufgrund des spezifischen Bildungszieles gesonderte Kompetenzen und darum Ausbildungen nötig sind;
9. bei der Auswahl der zu fördernden Konzepte darauf zu achten, dass es eine enge Kooperation mit einer oder mehreren Schulen gibt, damit die Grundlagen für eine praxisnahe Ausbildung gesichert werden;
10. gemeinsam mit den Ländern einen Ausbau der Studienplätze für Lehramtsstudierende voranzutreiben. Diejenigen Studierenden, die die Lehramtsausbildung in Form eines Bachelor-/Masterstudiengangs absolvieren, sollen dabei nach einem Bachelorabschluss einen Rechtsanspruch auf einen Masterstudienplatz erhalten, um das Studium erfolgreich beenden zu können. Ziel ist ein grundständiges Studium, das alle Lehramtsstudierenden zum Master oder Staatsexamen führt;
11. darauf hinzuwirken, nach dem grundständigen Bachelor eine Anschlussfähigkeit zu anderen pädagogischen Berufen (z. B. in der Erwachsenenbildung, im Bildungsmanagement etc.) zu entwickeln, damit Lehramtsstudierende, die an ihrer Eignung für den Schuldienst zweifeln bzw. die sich zu anderen Ausbildungs- und Arbeitsfeldern hin orientieren wollen, eine berufliche Alternative haben;

12. die Bereitschaft zum lebensbegleitenden Lernen in der Lehrerausbildung zu fördern, damit Lehrkräfte im gesamten Verlauf ihres Berufslebens in der Lage sind, ihre Unterrichtsmethoden anhand neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und gesellschaftlicher Veränderungen zu erweitern und zu verändern;
13. die Prävention und Bekämpfung des Analphabetismus in der Lehrerbildung inhaltlich zu verankern;
14. die berufs- und unterrichtsbezogene Forschung an den Hochschulen zu verstärken, damit wissenschaftliche Erkenntnisse über die kontinuierliche Rückkopplung mit der schulischen Praxis direkt in die Lehreraus- und -weiterbildung sowie in die Schulpraxis einfließen können;
15. mit den Ländern zusammen darauf hinzuwirken, dass sich Deutschland regelmäßig an der OECD-Lehrerstudie (TALIS) beteiligt, um regelmäßig gesicherte Erkenntnisse über dieses Berufsfeld im internationalen Vergleich zu bekommen und diese in die Lehrerbildung mit einfließen zu lassen;
16. gemeinsam mit den Ländern durch geeignete Maßnahmen allen pädagogischen Berufen in der Gesellschaft mehr Anerkennung und Ansehen ihrer Arbeit zu verschaffen. Nicht nur Lehrerinnen und Lehrer üben eine verantwortungsvolle Tätigkeit aus, sondern auch alle anderen Fachkräfte, die in pädagogischen Berufen tätig sind, kommen ebenso gesellschaftlich wichtigen und hoch verantwortungsvollen Aufgaben nach.

Berlin, den 6. November 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

